

Interpellation

### Klimaneutrale Bürgergemeinde?

Der Kanton Basel-Stadt hat sich vor 10 Jahren das Ziel gesetzt, systematisch auf eine „klimaneutrale Verwaltung“ hinzuarbeiten<sup>1</sup>. Dieses Ziel bedeutet ein Engagement des Kantons über das gesetzliche Minimum hinaus, motiviert durch das Wissen, dass der Klimawandel mit seinen zunehmend katastrophalen Auswirkungen nur gestoppt werden kann, wenn alle - Private, Gemeinwesen und Firmen - aktiver werden als bisher.

Wie sieht es bei der Bürgergemeinde damit aus? Nimmt sie ihre Verantwortung genügend wahr? Diese Frage drängt sich auf vor dem Hintergrund, dass bei der Bürgergemeinde in nächster Zeit Sanierungen und Umnutzungen anstehen, z.B. bei Altersheimen oder auf St. Chrischona, aber auch ganz generell, da die Bürgergemeinde Besitzerin zahlreicher Immobilien ist und demnächst via Bürgerspital weitere 261 Alterswohnungen hinzukommen.

Der Interpellant bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es eine Gesamtschau, wie gross die CO<sub>2</sub>-Emissionen sind, welche durch die Bürgergemeinde beeinflusst werden können, insbesondere im Gebäudebereich?
2. Gibt es im Bereich Klimaschutz bei der Bürgergemeinde (und ihren Institutionen) Ziele, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen?
3. Wie gross ist der Anteil an Gebäuden, die der Bürgergemeinde gehören und in näherer oder mittlerer Zukunft saniert werden müssen, so dass sie im Zuge der Planung auch systematisch auf energetische Optimierungen (inklusive eigene Energiegewinnung) überprüft werden könnten?
4. Wie wird zur Zeit vorgegangen, um bei Sanierungen an Immobilien der Bürgergemeinde respektive an Immobilien der Institutionen der Bürgergemeinde das Potential an Energie-Einsparungen, aber auch Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien abzuklären?
5. Wie sieht die bisherige Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt in diesem Bereich aus?

Pierre-Alain Niklaus, BastA!,  
Im Namen der Fraktion des Grünen Bündnis

*P-A Niklaus*

Basel, 7. Februar 2019

<sup>1</sup> Am Ausgangspunkt standen die Ergebnisse einer Studie, welche ergaben, dass 80% der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Kanton im Gebäudebereich entstehen. Weil gleichzeitig zu wenig Geld zur Verfügung stand, um bei Sanierungsprojekten weitergehende energetische Massnahmen umzusetzen, wurde ein spezieller Rahmenkredit für ein „Klimapaket“ bewilligt, um bei Neubauten und Sanierungen das Maximum an Einsparungen an Emissionen möglich zu machen. Seit Beginn des Projektes trifft sich eine Arbeitsgruppe „Klimaneutrale Verwaltung“ regelmässig, um anstehende Bau- und Sanierungsprojekte auf ihr energierelevantes Potential zu prüfen. Gemäss Bericht vom 28.2.2018 zeige die Erfahrung, dass „es sich lohnt, regelmässig auf die verantwortlichen Projektleiterinnen und Projektleiter zuzugehen und aktiv nach Projekten zu suchen.“ Zudem zeige sich auch, dass „noch immer ein sehr grosses Potenzial an Energieeffizienzmassnahmen vorhanden ist“. Klimaneutrale Verwaltung Basel-Stadt: Die kantonale Verwaltung auf dem Weg in die 2000-Watt-Gesellschaft. Fünfter Bericht zur Rahmenausgabenbewilligung. [www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100387/000000387179.pdf](http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100387/000000387179.pdf)